

Protokollauszug öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses für das Theater und die VHS vom 22.06.2006

**Zu Ö 7 Volkshochschule Aachen Jahresabschluss zum 31. 12. 2004 und Lagebericht 2004
ungeändert beschlossen
E 46/47/0007/WP15**

Herr Niepenberg berichtet über das Abschlussgespräch mit den Wirtschaftsprüfern am 7. März 2006 und die immer wiederkehrende Problematik bei der Bildung von Rückstellungen bei der Beamtenversorgung.

Er weist darauf hin, dass zukünftig eine Freistellung von der Pflichtprüfung nicht mehr möglich sein wird und die Gemeindeprüfungsanstalt die Jahresabschlüsse prüfen wird.

Diese Prüfung wird jährlich 25.000 bis 30.000 Euro kosten, die die VHS selbst erwirtschaften muss.

Stadttheater und Eurogress sind ebenfalls von dieser Regelung betroffen.

Frau Oleschinski schlägt vor, über den Städtetag und andere Gremien zu versuchen, einen Kompromiss zu finden.

Frau Reuß bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder für die ordnungsgemäß geleistete Arbeit.

Unter Bezugnahme auf Punkt 121 des Prüfberichts „Unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung“ weist Frau Dr. Schmeer darauf hin, dass es keine ausreichende Hilfe durch E 26 gibt.

Sie schlägt vor, diesen Punkt von der Politik aufzugreifen mit dem Ziel der Klärung und Verankerung, wie viel Geld zur Verfügung gestellt wird.

Frau Oleschinski stimmt Frau Dr. Schmeer zu und unterstreicht, dass es gem. EigVO Vorschrift ist, den Betrieben ein beispiel- und benutzbares Haus zur Verfügung zu stellen.

Auch Frau Reuß erwartet in der Dach- und Fachfrage eine verlässliche Lösung für die nächsten Jahre.

Es wird die Bitte an Herrn Rombey herangetragen, dieses Thema beim Verwaltungsvorstand anzusprechen.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Theater und Volkshochschule nimmt gemäß § 18 Abs. 5 der Satzung für die Volkshochschule Aachen entsprechend der Verwaltungsvorlage den von der Wirt-

schaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Valk, Bay, Reismann, Dr. Paffen & Partner, Matthiashofstraße 47-49 in 52064 Aachen (VBR) geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2004 sowie Lagebericht 2004 zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen die Feststellung.